

mittlung des Sachverhaltes. In der Kun-Affäre war Ausgangspunkt für die Einsetzung des Untersuchungsausschusses lediglich ein Presseartikel. Die Mitglieder des Untersuchungsausschusses waren hier gezwungen, jedem irgendwie geäußerten Verdacht nachzugehen. Hinweise ergaben sich teilweise erst während des Verfahrens durch anonyme Briefe oder durch Briefe an Abgeordnete, die den Absender, möglicherweise aus guten Gründen, nicht nennen wollten.

Bei mancher Vernehmung mußte der Ausschuß feststellen, daß die Aussage der Zeugen für das Verfahren nichts hergab. Es zeigte sich die Gefahr der Ausuferung bei der Beweiserhebung. Ein Gesetz über das Verfahren vor parlamentarischen Untersuchungsausschüssen ist daher dringend erforderlich. Dabei müßte insbesondere bei der Ermittlungsarbeit des Ausschusses ein Institut vorgeschaltet werden, das, bestehend aus einem auf befristete Zeit zusammengesetzten Stab erfahrener Kriminalisten, Vorermittlungen durchführt und die Ermittlungsergebnisse auf ihre Brauchbarkeit filtert, wie es zum Beispiel bei der Watergate-Affäre geschehen ist.

F.D.P.: Straffung des Verfahrens

Für die F.D.P.-Fraktion erklärte der Abgeordnete Dr. Fritz Vogt:

Die Erfahrungen, die der Bundestag und die verschiedenen Länderparlamente bisher mit parlamentarischen Untersuchungsausschüssen gemacht haben, müssen als kaum ermutigend bezeichnet werden. Es ist bisher keinem Untersuchungsausschuß gelungen, rechtlich und auch strafrechtlich einwandfrei verwertbare Ergebnisse zu Tage zu fördern. Lediglich in gewissen Teilbereichen der Untersuchungsausschüsse konnte eine befriedigende Aufklärung erreicht werden.

Die Gründe für dieses Versagen sind sicherlich nicht zuletzt darin zu sehen, daß die Mitglieder der Untersuchungsausschüsse als von den Fraktionen entsandte Mandatsträger stets in einem natürlichen Spannungsverhältnis zwischen Parteiinteresse und dem Interesse an uneingeschränkter Aufklärung stehen.

Ein Vorschlag zur Reform des Verfahrens der Untersuchungsausschüsse könnte dahin gehen, die wegen der verhältnismäßig großen Zahl der Mitglieder schwerfällig arbeitenden Untersuchungsausschüsse selbst aufzugliedern etwa durch Bildung eines Untersuchungsausschusses. Ein in solcher Weise gebildetes personell begrenztes Gremium, das Beweise unter sinngemäßer Anwendung der Vorschriften über den Strafprozeß erhebt, müßte seine Ergebnisse dem Untersuchungsausschuß zur weiteren Beratung und Beschlußfassung vorlegen.

Eine alternative Lösung, die keine derartig einschneidende Änderung des bisherigen Verfahrens zur Folge hätte, könnte unter folgendem Gesichtspunkt zur Diskussion gestellt werden:

Zur verfahrensmäßigen Verbesserung des untersuchungsausschusslichen Instrumentariums wäre zu erwägen, ob nicht wesentliche Vorbereitungsarbeit wie Vernehmung von Zeugen und ähnliches den normalen staatlichen Ermittlungsbehörden (Staatsanwaltschaft) übertragen werden könnte.

Porträt der Woche



Dr. Franz-Josef Antwerpes (SPD)

Auf den ersten Blick wirkt er distanziert, ernst, immer auf dem Sprung. Hinter Brillengläsern hellwache Augen. Ein schmales, intelligentes, jungenhaftes Gesicht.

Man muß mit Dr. Franz-Josef Antwerpes eine Flasche Burgunder seines Geburtsjahrgangs 1934, den er in seinem wohlgefüllten Weinkeller aufbewahrt, trinken, um abseits vom geschäftigen Alltag die rheinische Frohnatur in ihm zu entdecken. Er liebt das Essen, genießt mit wissenschaftlicher Akribie die Weine, unter denen er die Rheingauer bevorzugt. Spitzenlage ist für ihn der „Rüdesheimer Schlossberg“.

Ernst Wilczok, der als Bottroper Oberbürgermeister in Sachen Gebietsreform mit Antwerpes nicht immer einig ist, gab mir diesen Tip: „Wenn Sie über Franz-Josef schreiben, dann vergessen Sie nicht, daß er ein Gourmand ist, daß ihm aber nicht nur Schlemmereien auf der Zunge zergehen, sondern auch feingewürzte Spöttereien.“ In der SPD-Fraktion und im Landtag ist seine kritisch-witzige Ironie bekannt.

Antwerpes stammt aus Viersen, ist promovierter Volkswirt und lebt heute in Duisburg. Der SPD gehört er seit 1956 an. Bis 1970 war er fünf Jahre lang Landesvorsitzender der Jungsozialisten. Das verführt zu der Frage: „Wie ist Ihr Verhältnis heute zu den Jusos?“ Antwerpes denkt einige Sekunden länger als gewöhnlich nach, bevor er antwortet: „Persönlich gut.“ Mit Forderungen wie dem Bodenrecht hätten sich die Jusos große Verdienste erworben, aber über Radikale im öffentlichen Dienst denke er ganz anders. Da habe der Schutz der Demokratie für ihn unbedingt Vorrang.

In den Landtag kam Antwerpes, der in seiner Partei neben einem Platz im Landesvorstand viele Ämter hat, 1970. Seither hat er sich einen ho-

hen Ruf als Fachmann für Verwaltungs- und Gebietsreform erworben. Er ist Vorsitzender des Arbeitskreises Verwaltungsreform und stellvertretender Vorsitzender des Arbeitskreises Landesplanung der SPD-Landtagsfraktion. „Wir müssen Städte und Kreise schaffen, die aufgrund ihrer Größe in der Lage sind, ihren Anspruch auf Selbstverwaltung gegenüber dem Land aufrechtzuerhalten“, sagt er. Aber er fürchte, daß im Landtag schon viele „am kleinen Karo weben“, fügt er mit Blick auf anstehende Entscheidungen hinzu.

In Duisburg ist Franz-Josef Antwerpes Chef der „Eierköpfe“. So werden im Rathaus die acht Wissenschaftler genannt, die dem Planungsstab der Stadt angehören. Sie stellen Weichen für die kommunale Entwicklung, sind aber auch für die in Duisburg sehr wichtigen Umweltschutzfragen zuständig.

Der sportliche Ehrgeiz des früher aktiven Handballers hält sich im Rahmen. Ein „Tennisarm“ zwingt zur Pause. Ausgleichssport ist das Radfahren. Mit seiner Frau und den zwölf und acht Jahre alten Söhnen radelt er durch neu zu gliedernde Gebiete, um sich „ohne offizielle Hilfe von allerhand nicht vorhandenen Verflechtungen zu überzeugen“.

„Schauen Sie am linken Niederrhein nach Beute für Duisburg aus?“

„Nein, wir strampelten durchs Lipperland und durch das Wiehengebirge, um die Probleme von Ober- und Unterlütbe kennenzulernen.“

Gerd Goch